

Basler Zeitung
20.9.2018

Elternlobby macht erneut mobil

Mit FDP und GLP will die Elternorganisation das Monopol der Staatsschule brechen

Von Franziska Laur

Basel. Pia Amacher, Präsidentin der Elternlobby Schweiz, gibt nicht auf. Nach den Abstimmungsniederlagen vor einigen Jahren in den Kantonen fordert ihre Organisation via kantonale Demokratie erneut freie Schulwahl für alle. Diesmal hat sie Unterstützung von Basler Parteien. FDP-Vizepräsidentin Nadine Gautschi argumentiert, dass in kaum einer anderen Industrienation Schüler und Eltern so wenig Freiheit in der Wahl der Volksschule haben wie in der Schweiz. Ihrer Meinung nach würde die freie Schulwahl die Bildungsvielfalt fördern und das Bildungssystem stärken.

Gegner argumentieren allerdings, dass der Wettbewerb zwischen Schulen sozial schädlich sei. So würden sich Einkommenschichten entmischen und die Bildungssegregation gefördert werden. Sie befürchten, dass bei freier Wahl die staatliche Volksschule und auch weiterführende Bildungsinstitutionen durch falsch verstandenen Liberalismus destabilisiert würden. «Heute entscheidet der Geldbeutel darüber, welche Schule ein Kind besuchen darf oder muss», sagt Katja Christ, Präsidentin der Basler Grünliberalen. Auch die UNO verlange, dass Eltern die Art der Bildung für ihre Kinder wählen können. Diese seien verantwortlich für das Wohl ihres Kindes.

Dazu bräuchten sie die Kompetenz, ohne bürokratische und finanzielle Hürden eine andere als die vom Staat zugewiesene Schule wählen zu können.

Komplexe Wirklichkeit

Die Idee der freien Schulwahl stammt vom neoliberalen amerikanischen Wirtschaftstheoretiker Milton Friedman (1912–2006) und geht folgendermassen: Statt Schulen direkt zu finanzieren, folgt die Schülerpauschale dem Kind an die gewählte, allerdings staatlich bewilligte und beaufsichtigte, Schule. Das Resultat gemäss Friedman und den Befürwortern der freien Schulwahl: Aus machtlosen Eltern und Schü-

lern werden finanzkräftige Kunden, was Schulen dazu zwingt, um sie zu werben und ihre Anliegen ernst zu nehmen. Durch den so entstehenden Wettbewerb werde auch das Produkt besser.

Die Umsetzung dieser Idee in die komplexe Wirklichkeit der Schule ist allerdings alles andere als einfach. Doch die Elternlobby argumentiert, dass jetzt eine ganz andere Ausgangslage ist als vor den vergangenen Niederlagen. Die Staatsschulen seien von der Heterogenität der Schüler überfordert und würden sich in der Hektik von Reformen und Notmassnahmen verlieren. Die Unterschriftensammlung beginnt in den kommenden Wochen. **Seite 21**

Erneuter Anlauf für freie Schulwahl für alle

Basler Zeitung
20.8.2018

Heute können nur Reiche die Schule für ihre Kinder wählen – FDP, GLP und Elternlobby wollen das ändern

Von Franziska Laur

Basel. Schon vor 22 Jahren hat Pia Amacher gekämpft: Strippen gezogen, diskutiert und referiert. Sie dafür eingesetzt, dass Kinder in der ganzen Schweiz nicht unter einem für sie unpassenden Schulsystem leiden müssen, den Schulbesuch verweigern oder psychische Blessuren davontragen, weil sie alles überfordert.

Doch die freie Schulwahl für alle wurde abgelehnt. «Die Zeit war noch nicht reif», sagt Amacher. Gelassen sitzt die 64-Jährige in ihrer Wohnung am Rhein, das blonde Haar zu einem Pferdeschwanz zusammengebunden, die Bewegungen flink, die Worte klar und verständlich. «Jetzt ist eine ganz andere Ausgangslage», sagt sie. Die Staatsschulen seien von der Heterogenität der Schüler oft überfordert, würden sich in der Hektik von Reformen und Notmassnahmen verlieren, und viele Eltern seien verzweifelt.

Jetzt nimmt die Präsidentin der Elternlobby Schweiz nochmals einen Anlauf, um das Stimmvolk doch von der freien Schulwahl zu überzeugen. «Eine Studie der Uni Freiburg von Margrit Stamm hat gezeigt, dass in der Schweiz jedes Jahr rund 5000 Jugendliche die Schule abbrechen und jedes fünfte Kind eine Klasse wiederholt. Das kann man doch nicht so stehen lassen», sagt sie. Die Forderung der Elternlobby: ein neuer Punkt zu Artikel 19 in der Bundesverfassung mit dem Inhalt: «Der Zugang zu allen anerkannten Bildungsstätten ist für alle Kinder gewährleistet und unentgeltlich.»

Schwierige Situation

Das finden auch die Basler FDP und die Grünliberalen und kämpfen daher Seite an Seite mit Pia Amacher. «In kaum einer Industriation haben Schüler und Eltern so wenig Freiheit in der Wahl der Volksschule wie in der Schweiz», sagt Nadine Gautschi, FDP-Vizepräsidentin. Mit einer freien Schulwahl könne die Bildungsvielfalt gefördert werden. «Kinder könnten so nach Fähigkeiten und Begabungen gefördert werden», sagt sie. «Andauernde unverständliche Reformen wären nicht länger nötig.» Für sie als Liberale sei die Idee von Bildungsgutscheinen verlockend. Dies könne in einem ersten Schritt durchaus auch erst einmal bloss in staatlichen Schulen eingelöst werden. Wenn alle Eltern nur



«Unser Einheitsmodell passt nicht mehr.» Pia Amacher, Präsidentin der Elternlobby Schweiz. Foto Nicole Pont

schon das Schulhaus oder das Schulsystem wählen könnten, wäre viel gewonnen. Dann würde wohl schnell klar werden, dass es absolut zu keiner Benachteiligung käme, wie die Sozialdemokraten stets argumentieren.

Heute haben Eltern eine untergeordnete Stellung. Wenn das Kind gemobbt wird, die Beziehung zum Lehrer gestört ist oder es einfach nicht in die Staatsschule passt, so können sie eine Versetzung innerhalb der Staatsschule nur mit Glück und Hartnäckigkeit erreichen. Und die Versetzung in eine Privatschule nur mit viel Geld.

Denn der Volksschulleiter Dieter Baur sitzt am längeren Hebel: «Ich entscheide, wohin das Kind in die Schule geht», sagte er einmal zu Pia Amacher. Eltern können nur Wünsche anbringen. Die Kämpfer für die freie Schulwahl wollen das ändern. Dafür stürzt sich Amacher mit ihren Mitstreitern wieder in die Lobbyarbeit. So war sie kürzlich im Grossen Rat zu sehen. Und dass sie

Sympathisanten in fast allen politischen Lagern findet, ist für sie ein neues Signal. «Sensationell ist auch, dass die FDP Bildungswahl und Bildungsgutscheine in ihrem Positionspapier hat», sagt sie.

Auch Mitglieder der SVP sind mit an Bord und ebenfalls die Grünliberalen: «Für mich ist das der einzig richtige Weg: die Privaten einbinden und somit auch durch den Wettbewerb die Qualität fördern. Und das für alle anstatt für wenige», sagt GLP-Parteichefin Katja Christ dezidiert.

In anderen Ländern

Pia Amacher hat viele Erfahrungen mit der freien Schulwahl in anderen Ländern gesammelt. Dänemark, Schweden, Finnland und die Niederlande praktizieren die freie Schulwahl. «In Holland wissen die Eltern oft gar nicht, ob die Schule ihrer Kinder privat oder staatlich ist. Sie suchen sich einfach für ihr Kind die geeignetste aus.» Die Schweiz liegt bezüglich Wettbewerb

unter Schulen auf dem vorletzten Platz von 32 OECD-Ländern. In der Schweiz verkörpert die Volksschule eine wesentliche Errungenschaft des modernen Bundesstaates. Erst die Bundesverfassung von 1874 schrieb obligatorischen, kostenlosen und vor allem konfessionsneutralen Unterricht in allen Kantonen vor. Dadurch sollte der kirchliche Einfluss zurückgedrängt werden. Und in den Köpfen der Schweizer sitzt heute die Vorstellung tief, dass die Grundbildung vom Staat zu erbringen sei. Vielleicht schwingt dabei auch die Furcht vor einem Boom an Religionschulen mit.

Mit einem Anteil von fünf Prozent ist die Bedeutung der Schweizer Privatschulen denn auch klein, zumindest quantitativ. Allerdings zählen viele von ihnen zu sehr innovativen Schulen, wie die Avenirssuisse vor zwei Jahren feststellte. Und sie kommt zum Schluss, dass die freie Schulwahl die Qualität der Bildung erhöht. Die Gegner

befürchten jedoch, dass die Kosten nach der Einführung der Wahlfreiheit explodieren könnten. Auch hätten bevorzugte Schulen möglicherweise nicht genügend Infrastruktur. Ausserdem würde sich die Kluft zwischen Arm und Reich noch mehr vertiefen.

Amacher glaubt jedoch, dass mithilfe der Wahlfreiheit auf viele sonderpädagogische Massnahmen verzichtet werden könnte. «Unser Einheitsmodell passt heute nicht mehr.» Heute würden je nach Kanton 50 Prozent der Kinder sonderpädagogische Massnahmen erhalten. «Die Staatsschule eignet sich nicht für jedes Kind. Zu viele Kinder benötigen sonderpädagogische Massnahmen und Medikamente, um ruhig gestellt zu werden», sagt sie. Die Zahlen, wie viele das sind und wie viele Fördermassnahmen benötigen, wird nicht erfasst.

Idee stammt von Milton Friedman

Die Idee von Pia Amacher und ihrer Elternlobby klingt einfach. Sie stammt vom neoliberalen amerikanischen Wirtschaftstheoretiker Milton Friedman und geht folgendermassen: Statt Schulen direkt zu finanzieren, folgt die Schülerpauschale dem Kind an die gewählte Schule. Diese Schulen jedoch müssen staatlich bewilligt und beaufsichtigt sein.

«So werden aus machtlosen Eltern und Schülern finanzkräftige Kunden. Das zwingt die Schulen, um sie zu werben und ihre Anliegen ernst zu nehmen», sagt Amacher.

Im Oktober 2019 sind Nationalratswahlen und der Wahlkampf beginnt schon jetzt langsam. Die Elternlobby Schweiz wird die Kandidierenden bezüglich der freien Schulwahl prüfen. Das Ziel ist, parlamentarische Vorstösse oder Volksinitiativen für die freie Bildungswahl in die Wege zu leiten. «Wir können uns einfach nicht mehr leisten, diese nicht einzuführen. Schliesslich kostet uns die schlechte Schulbildung von rund 20 Prozent der Schulabgänger jährlich eine Milliarde Franken.» Jeder Fünfte könne nach Abschluss der Volksschule immer noch nicht verstehen, was er lese. «Deshalb braucht es verschiedene Bildungsmodelle für alle.»

So wird man Pia Amacher und ihre Mitstreiter in den kommenden Wochen und Monaten wieder an Podien, an Info-Ständen und auf der Strasse beim Unterschriftensammeln sehen.